

23. / 11. 1918

[Die Kriegs- und Uebergangswirtschaft.]
 Heute hat der Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft seine Beratungen beendet. In der Nachmittags-sitzung am 21. d. berichtete namens des Sozialpolitischen Ausschusses Mitglied Artur Kuller über die jenerzeitige personelle Demobilisierung. Er legte die Bemühungen dar, zwischen dem Grundgedanke der Entlassung der Armee nach Altersklassen und den Ansprüchen der Volkswirtschaft, die zu ihrem Wiederaufbau nötigen Personen so schnell als möglich aus dem Heeresverbande zu entlassen, einen Ausgleich zu finden. Im Sinne der abgeführten Beratungen würde die Demobilisierung nach Altersklassen vorgenommen werden, doch sollen die Angehörigen jener Stangen bei der Entlassung bevorzugt werden, die zum Aufbaue der Volkswirtschaft besonders wichtig sind (zum Beispiel Verkehrsunternehmungen zu Wasser und zu Lande, Lokomotiv- und Waggoubau, Glanzwerken, Bergbau). Das Kriegsministerium habe überdies zugestimmt, bei der Demobilisierung 200.000 Heeresangehörige vorzeitig zu entlassen, die als besonders qualifizierte Arbeiter, Betriebsleiter, Ingenieure und Unternehmer sozusagen den Wirtschaftsstab der normalen Volkswirtschaft bilden. Innerhalb dieser Zahl werden die Ansprüche der einzelnen Berufsgruppen abzustufen sein. Die sachgemäße Auswahl der betreffenden Personen werde von paritätisch zusammengesetzten Berufskommissionen getroffen werden, über denen eine ebenso gebildete Reichskommission stehen soll. In der Diskussion wurde von den Mitgliedern Abgeordneter Einspinner und Präsident Kirchof die Notwendigkeit betont, bei der Auswahl der vorzeitig zu demobilisierenden Personen das Wort der Handels- und Gewerbekammern einzuzuholen; Abgeordneter Einspinner betonte ferner die Notwendigkeit, diejenigen Gewerbetreibenden schleunigst abzurufen, die für den Bedarf der Landbevölkerung arbeiten, da deren Betriebsgeräte dringender Reparaturen und Erneuerungen bedürfen. Mitglied Abgeordneter Hueber (Salzburg) forderte beschleunigte Demobilisierung der Lehrer. Der Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses wurde vom Hauptausschuße genehmigt. Im Auftrage des Finanzausschusses berichtete sodann dessen Mitglied Direktor Dr. Hammerschlag über die Sperre österreichischer Guthaben im Deutschen Reich. Seit Oktober vorigen Jahres mache die Deutsche Reichsbank die Bewilligung zum Ankauf österreichischer Waren und Wertpapiere von der Bedingung abhängig, daß der Gegenwert im Deutschen Reich unter Sperre bleibe. Diese ungerechtfertigte Maßregel lähme unseren Export nach Deutschland und schädige unsere Valuta. Andererseits reiche die zum Schutze unserer Valuta bestimmte Disposition nicht hin,

um das Einstromen deutscher Luxuswaren verschiedenster Art nach Oesterreich und die hiemit für unsere Währung verbundenen Folgen zu verhindern. Durch solche überflüssige Importe belastet und ohne Verfügung über die in Deutschland gesperrten Guthaben, müsse unsere Volkswirtschaft um so größeres Gewicht auf den Warenabsatz im neutralen Ausland legen und empfinde daher die formalen und sachlichen Schwierigkeiten doppelt, die unserer Durchfuhr in Deutschland auferlegt werden. Dr. Hammerschlag stellte namens des Finanzausschusses den Antrag, die Regierung zu ersuchen, durch geeignete Verhandlungen durchzusetzen, daß die Sperre der österreichischen Guthaben im Deutschen Reich fallen gelassen, daß wirksame Schranken gegen die Einfuhr entbehrlicher Luxusgegenstände deutscher Probenienz aufgerichtet werden und daß unsere Durchfuhr nach dem neutralen Ausland von den formalen und materiellen Erschwerungen des deutschen Bewilligungsverfahrens befreit werde. Der Hauptausschuß stimmte diesem Antrage einhellig und ohne Debatte zu. Der Hauptausschuß beschäftigte sich sodann mit der Frage der Organisation des Handelsverkehrs mit der Ukraine, worüber namens des Rohstoffausschusses Mitglied Präsident Schicht das Referat erstattete. Dieses wurde nach einer eingehenden Debatte, an der sich außer Generalkommissär Sektionschef Riebl insbesondere die Mitglieder Abgeordneten Doktor Kolejsa, Dr. Kolischer und Dr. Kerner, ferner die Mitglieder Dr. Granichstädten, Frh. Mendl und Dr. Kovarik beteiligten, zur Kenntnis genommen. Heute erstattete Mitglied Brosche den Bericht über die Aufteilung der Rohstoffbezüge zwischen Oesterreich und Ungarn. Mit der Vornahme der Wahlen schloß die Sitzung des Hauptausschusses.